

Die Finanznot der Städte.

Ein ausserordentlicher Städtetag in Klagenfurt.

Der Städtebund hat im Februar in Wien eine grosse Tagung abgehalten, wo nach einer sehr eingehenden Besprechung der finanziellen Krise der Stadtgemeinden eine Entschliessung einhellig angenommen wurde, in der von der Regierung die Beseitigung des Bundespräziums, soweit es den Gemeinden entzogen wurde und die Aufteilung dieser Beträge auf die Gemeinden mit mehr als 2500 Einwohnern verlangt wird. Ferner forderten die Städte die endliche Durchführung der Teilung der Vermögensabgabe nach dem für die Teilung der Einkommensteuer bestehenden Schlüssel, sowie eine Beteiligung der Gemeinden an dem Ertrag der Landesbiersteuer. Die Forderungen wurden damals dem Bundesfinanzminister Dr. Kienböck überreicht, der eine wohlwollende Prüfung zusagte. Inzwischen hat die Regierung mit den Landesregierungen ein Uebereinkommen getroffen, das den Ländern nicht unbeträchtliche Geldhilfen durch den Bund sichert. Die Gemeinden wurden aber bis jetzt in keiner Weise berücksichtigt. Der Städtebund hat deshalb heute im Wiener Rathaus eine Sitzung abgehalten, an der unter dem Vorsitz der Obmänner Bürgermeister Seitz (Wien) und Dr. Bercht (Klagenfurt) die Bürgermeister aller Landeshauptstädte und der grösseren Gemeinden teilnahmen. Vizebürgermeister Rückl (Graz) berichtete über die im Februar erfolgte Vorsprache beim Bundesfinanzminister und über die sich immer mehr verschlechternde finanzielle Lage der Städte. Die Regierung dürfe nicht ruhig zusehen, wie die wichtigsten Zellen des Staates, die Gemeinden, verkümmern. Der Städtebund müsse daher mit allem Nachdruck von der Regierung verlangen, dass sie den Gemeinden helfe, was durch die Erfüllung der Wünsche des Städtetages ohne grosse Schwierigkeiten für den Bund möglich sei. An dieses Referat knüpfte sich eine rege Aussprache, an der sich Vertreter aller politischen Parteien beteiligten. Schliesslich wurde eine zehngliedrige Abordnung gewählt, die abermals dem Bundesfinanzminister die Dringlichkeit der Forderungen der Städte zu unterbreiten habe. Einstimmig wurde der Beschluss gefasst, dass am 24. Juni in Klagenfurt ein ausserordentlicher Städtetag abgehalten werden soll, der sich mit den Finanzsorgen der Gemeinden zu befassen habe. Nach einem Referat des Präsidenten Dr. Schiff über die Finanzstatistik der Städte wurde die Sitzung geschlossen. Die Abordnung, bestehend aus Vizebürgermeister Emmerling, Sekretär Honay (Wien), Bürgermeister Muchitsch, Bürgermeisterstellvertreter Rückl und Amschl (Graz), Bürgermeister Hofrat Ott (Salzburg), Bürgermeister Dr. Bercht (Klagenfurt), Bürgermeister Dr. Eder (Innsbruck), Stadtrat Bruckschlögl (Linz), Vizebürgermeister Zeiner (Baden), Bürgermeister Baran (Krems), Stadtrat Dr. Fischer (St. Pölten), wurde im Parlament vom Bundesfinanzminister Dr. Kienböck empfangen. Der Minister nahm die Forderungen der Städte zur Kenntnis und sagte für die nächsten Tage eine schriftliche Aeusserung zu.

Der ausserordentliche Städtetag wurde bereits einberufen.

Es werden die Bürgermeister Dr. Eder (Innsbruck) und die Bürgermeister Stellvertreter Rückl (Graz) und Hofrat Zeiner (Baden) Referate über die finanzielle Notlage der Städte erstatten. Die Tagung findet am Sonntag, den 24. Juni im Klagenfurter Landhaus statt und wird zu einer grossen Kundgebung der österreichischen Gemeinden werden.